

Geteilte Meinungen zum neuen Wehrdienst

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht stößt in der Region auf geteilte Meinungen: Sophie Beerkircher hat sich freiwillig verpflichtet, Schüler der Anna-Haag-Schule in Backnang sehen die Pflicht auch kritisch. Reserveoffizier Christian Schweizer aus Murrhardt hält sie für überfällig.

VON CAROLIN AICHHOLZ

REMS-MURR. Nach der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 hat der Bundestag nun einer Wiedereinführung zugestimmt. Alle 18-Jährigen sollen ab 2026 einen Fragebogen zu ihrer „Wehrtauglichkeit“ zugeschickt bekommen. Männer müssen ihn beantworten und sich mustern lassen, Frauen können es. Ziel der Regierung ist es, die Bundeswehr bis 2035 auf 260.000 Zeit- und Berufssoldatinnen und -soldaten aufzustocken. Zudem werden 200.000 Reservistinnen und Reservisten gebraucht. Zahlen, von denen die Bundeswehr aktuell weit entfernt ist.

Die Jugendlichen, die von dieser Entscheidung maßgeblich betroffen sind (alle ab Jahrgang 2008), sehen diese Entscheidung zwiespältig. Bei einer Befragung an der weiterführenden Anna-Haag-Schule in Backnang sehen einige Schüler das Thema noch gelassen. „Es ist ja noch freiwillig“, sagt etwa der 17-jährige Fabian. „Und dann kommt es auch ein bisschen darauf an, wie sich die Situation weiter entwickelt.“ Bei der aktuellen politischen Lage erkennt er aber durchaus eine Bedrohung: „Man hat es bei der Ukraine gesehen: Der Krieg ist nicht mehr wirklich weit weg von Deutschland.“

Sein Klassenkamerad Chris hatte durchaus schon mal den flüchtigen Gedanken, nach seinem Abitur zur Bundeswehr zu gehen. „Die Grundausbildung kann ich mir vorstellen, einfach auch, um es mal auszuprobieren“, sagt der 18-Jährige. Denn die jungen Erwachsenen denken: „Wenn jetzt der Kriegsfall eintreten würde, hätten wir nicht genügend Soldaten.“

Nicht einverstanden mit politischen Entscheidungen

Nicht alle sind begeistert von der Idee, als Kämpfer ausgebildet zu werden. Klassenkamerad Joah findet die aktuelle Weltlage nicht so bedrohlich, dass man die Jugendlichen zum Dienst verpflichten müsste. „Die Wehrpflicht wurde aus gutem Grund ausgesetzt“, findet er. „Man sollte niemanden zwingen, eine Waffe zu benutzen. Es ist ein Grundrecht, den Kriegsdienst zu verweigern.“ Er lehne Gewalt in jeder Form ab.

Ebenfalls kein Freund der Wehrpflicht ist der 17-jährige Mica: „Ich bin mit der aktuellen Politik gar nicht einverstanden und darum auch nicht bereit, mit einer Pflicht zu leben, die von diesen Politikern eingeführt wird.“ Den alternativen Zivildienst, der früher anstelle des Wehrdiensts geleistet werden konnte, könne sich der Schüler des Berufskollegs schon eher vorstellen, aber: „Aber auch das finde ich unter den aktuellen Umständen keine gute Idee.“

Ein wenig älter ist Sophie Beerkircher. Die Aspacherin spielt den Politikern in die Karten und hat sich jüngst bei der Bundeswehr beworben. Im Januar wird ihre Grundausbildung beginnen. „Es war schon immer ein Traum von mir, zur Bundeswehr zu gehen und meinem Land etwas zurückzugeben“, sagt die 22-Jährige. Sie hatte eigent-



Die Bundesregierung möchte mehr junge Menschen als Soldaten ausbilden.

Symbolfoto: Adobe Stock/Joerg Huettenehoels

lich nicht damit gerechnet, angenommen zu werden, doch ihr Bewerbungsverfahren lief gut, auch, weil sie sportlich in sehr guter Form ist. Fast zwei Jahre wird ihre Ausbildung dauern. „Wenn es mir gut gefällt, kann ich mir gut vorstellen, als Zeitsoldatin länger dabeizubleiben“, sagt die Aspacherin. Vonseiten ihres künftigen Arbeitgebers sei das sicher gewünscht, denkt sie. Haben sie die jüngsten Veränderungen der geopolitischen Lage bei ihrer Entscheidung beeinflusst? Sie vielleicht abgeschreckt? „Die Entwicklungen bestärken mich eher in meinem Wunsch“, sagt die zweifache Mutter. Sie wird ihre Grundausbildung in Bayern absolvieren; ihr Ehemann nimmt Elternzeit und kümmert sich so lange um die Kinder.

Die jungen Menschen sollen sich selbst ein Bild von der Bundeswehr machen

Dass sie im Ernstfall dann eben auch in Einsätze gehen muss, habe sie gut durchdacht. „Damit muss man sich abfinden, wenn man diese Entscheidung trifft“, ist die junge Frau überzeugt. Da sie Mutter von zwei Kindern ist, könne sie Einsätze auch ablehnen, doch grundsätzlich ist Beerkircher auch Auslandseinsätzen gegenüber offen. „Darum geht man ja überhaupt zur Bundeswehr.“

Ähnlich wie Sophie Beerkircher gebe es viele junge Erwachsene, die bereit wären, zur Bundeswehr zu gehen, davon ist Christian Schweizer überzeugt. „Mich sprechen aktuell viele junge Leute darauf an, es beschäftigt sie“, sagt der Murrhardter, der der Bundeswehr als Vorsitzender des Verbands der Gebirgstruppe (VdG) Baden-Württem-

berg und als Reserveoffizier sehr verbunden ist. Er habe die Zeit des Kalten Kriegs noch miterlebt, auch die darauffolgende Annäherung an die ehemaligen Feinde. Aber: „Seit 2014 haben wir eine Veränderung der Wetterlage“, sagt er und meint damit die



Archivfoto: Stefan Bossow

„Soldaten sind immer für Frieden, denn sie setzen dafür ihr Leben ein.“

Christian Schweizer, Reserveoffizier

an. Ihm geht die Wiedereinführung nicht weit genug: So hält er das vorgesehene Losverfahren für unnötig.

Nun sieht er die demokratische Grundordnung in Gefahr. Die Rückkehr zur allgemeinen Dienstpflicht empfindet Christian Schweizer in diesem Fall als die bessere Alternative. „Ich halte das auch für umsetzbar. Es gibt viele früh pensionierte Berufssoldaten, die man zurückholen könnte“,

findet Schweizer. Diese Männer, die das soldatische Handwerk gelernt haben, könnte er sich, sofern sie auf den aktuellen Ausbildungsstand gebracht werden, gut wieder als Ausbilder vorstellen. Die Räume seien ebenfalls da und in ihrer Ausbildung könnten die jungen Soldaten zu diesen Zeiten in den Kasernen „auch etwas mehr zusammenrücken“, so der Leiter des Carl-Schweizer-Museums. Ausrüstung zu beschaffen, sieht er auch als machbar an.

Bereitschaft erkennt er bei den jungen Menschen durchaus. „Man muss nur mit ihnen reden“, sagt Schweizer und plädiert dafür, erfahrene Soldaten an Schulen zu schicken, die als „Vermittler“ zu Schülern sprechen können. „Es gibt viele Vorurteile, aber jeder sollte sich ein eigenes Bild machen können“, sagt Schweizer und betont: „Soldaten sind immer für den Frieden, denn sie setzen dafür ihr Leben ein.“

Schüler streiken gegen Wehrpflicht

Streiks Am 5. Dezember rufen bundesweit Jugendbündnisse zu Kundgebungen und Demos und Schüler zu Schulstreiks gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht auf. In vielen Städten werden sie dabei von lokalen Bündnissen, Gewerkschaften und Friedensinitiativen unterstützt.

Aktionen In zahlreichen Orten – darunter Berlin, Bochum, Dortmund, Bielefeld, Essen, Göttingen, Hannover, Kassel, Köln, Münster, München, Potsdam und Trier – laufen bereits Vorbereitungen für Schulstreiks.